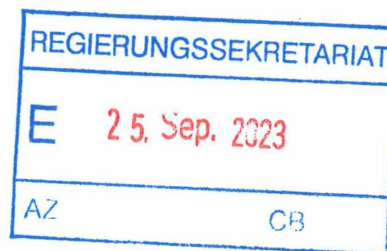


Ministerium für Inneres,  
Wirtschaft und Umwelt  
Regierungsgebäude  
Peter-Kaiser-Platz 1  
9490 Vaduz



22.9.2023

Sehr geehrte Damen und Herren

Anlässlich der Diskussion zu unserer Petition im Landtag haben uns mehrere Abgeordnete von verschiedenen Parteien aufgefordert, an der Vernehmlassung zum Medienförderungsgesetz und des Mediengesetzes mitzumachen. Diesem Wunsch sind wir hiermit gerne nachgekommen.

Mauren/Vaduz, 22.9.2023

Mit freundlichen Grüßen

Arthur Gassner  
Weiherring 73  
9493 Mauren

Reinhard Walser  
Bartlegrosch 38  
9490 Vaduz



# Stellungnahme zum Vernehmlassungsbericht der Regierung betreffend die Abänderung des Medienförderungsgesetzes und des Mediengesetzes

## Zweck der Medienförderung

Der im Jahre 2006 festgeschriebene Zweck, die Meinungsvielfalt erhalten und den Qualitätsjournalismus im Land fördern, ist inzwischen überholt. Die Entwicklung des demokratischen Lebens und die Erwartungen an die Medien haben sich enorm verändert. Grundsätzlich unterscheiden Medienexperten drei Informationsfunktionen.

**Erstens: die minimale Informationsfunktion**, die über das öffentliche Geschehen so sachlich und objektiv wie möglich berichtet.

**Zweitens: die Meinungsbildungsfunktion** soll ein Forum für freie und offene Diskussion bieten, bei dem Fragen des öffentlichen Interesses parteiübergreifend behandelt werden und durch eigene Kommentierung zur Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger beiträgt.

**Und drittens: die Kritik- und Kontrollfunktion**, die sogenannte vierte Gewalt, die auf Missstände in Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Politik aufmerksam macht.

Die Medienförderung sollte sich entsprechend diesen drei Informationsfunktionen der Medien orientieren.

## Wandel in der Medienlandschaft

Analysen und Umfragen in den Nachbarländern haben zeigen, dass grenzübergreifend vor allem zwei Mediengattungen heute und morgen von grosser Wichtigkeit sind: online und das Fernsehen. Eine Umfrage «Medienmonitoring Schweiz 2021» ergab, dass online von 29% der Bevölkerung und Fernsehen von 24% regelmässig genutzt werden. Dabei ist zu erwähnen, dass beide Medien altersübergreifend nur geringe Unterschiede zeigen.

Print liegt in der Schweiz lediglich bei 14%. In Liechtenstein ist dieser Anteil durch die Tradition der beiden Tageszeitungen bedeutend höher. Dass wir in Liechtenstein überhaupt noch eine Tageszeitung haben, ist alles andere als selbstverständlich; Das «Vaterland» konnte vor allem überleben, weil es sich frühzeitig regional ausrichtete.

## Gesetzliche Vorgabe der Medienförderung

Der Staat hat primär die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass Liechtenstein eine Medienlandschaft hat, in der alle drei Informationsfunktionen stattfinden können. Entsprechende Strukturen und Förderungsanreize sind zu initiieren und zu gestalten.

Als Grundsatz sollten folgende zwei Systeme gewählt werden:

- Einerseits die indirekte Medienförderung für alle Medien, welche lediglich die Informationsfunktion gewähren und
- andererseits müsste der Staat mit allen Medien, welche die Meinungsbildungsfunktion und die vierte Gewalt bewirken eine Leistungsvereinbarung oder eine analoge Unterstützungsabmachung vereinbaren.

### **Konkrete Vorschläge für Medien mit reiner Informationsfunktion**

Dies sind, Stand heute, alle Medien in Liechtenstein. Ein Forum zur parteiübergreifenden Meinungsbildung und die vierte Gewalt finden nicht statt.

Diesen Medien sollte die niedrigste Unterstützung zukommen, da sie den geringsten Beitrag für die Meinungsbildung leisten.

Neben den bisherigen Subventionsempfängern «Liewo» und «lie-zeit», kämen - als Beispiel - weitere Publikationen in Frage wie «Panorama», «Liechtensteiner Monat», «60plus», «In Christo», «Transparent», die Parteizeitung der DpL sowie weitere Medienprogramme. Voraussetzung für eine Unterstützung wären einerseits journalistische Kriterien, wie Liechtenstein-Bezug, Verhältnis Redaktion/Werbung, Eigenleistungen, personalisierte Texte (keine KI-Texte), journalistische Qualität etc. Andererseits müsste eine gewisse Marktpräsenz gegeben sein, also eine Mindestanzahl von regelmässigen Informationsempfängern.

Bei der heutigen Gesetzgebung war man der Meinung, dass für die Meinungsbildung eine Frequenz von 10 Ausgaben notwendig wären. Bei Medien mit lediglich Informationsfunktion ist diese Frequenz-Hürde hinfällig. Auch sollten keine Anzahl Mitarbeiter vorgegeben werden. Entscheidend sollte das Ergebnis sein.

Mit der indirekten Medienförderung schlagen wir vor, dass die Herstellungs- und die Vertriebs- und Verbreitungsaufwände unterstützt würden (bisher vor allem Anzahl Mitarbeiter).

### **Konkrete Vorschläge für Medien mit der parteiübergreifenden Meinungsbildungs- und Kontrollfunktion, der vierten Gewalt.**

Im Zentrum stehen eine Leistungsvereinbarung mit dem «Vaterland» und die Einsetzung einer öffentlich-rechtlichen Medienagentur, welche ein TV -und ein online Programm gestaltet.

#### **Zum «Vaterland»**

Alles in allem ist es – realistisch gesehen - ein Glücksfall, dass das kleine Liechtenstein überhaupt noch eine Tageszeitung hat. Die heute Verantwortlichen des Vaduzer Medienhauses haben zumindest für den Moment entschieden, auf eine parteipolitische Berichterstattung zu verzichten. Man wolle sich auf reine Berichterstattung fokussieren. Das würde der minimalen Informationsfunktion entsprechen. Für uns ist ein solcher Zustand eine verpasste Chance für eine wirkungsvolle Demokratieförderung.

Unser Antrag daher: Die Regierung soll mit dem Vaduzer Medienhaus eine Leistungsvereinbarung abschliessen, die das «Vaterland» verpflichten müsste, allen drei Funktionen nachzukommen. Also Informationsfunktion, Meinungsbildungsfunktion, Kritik- und Kontrollfunktion. Vor allem müsste es alle politischen Bewegungen, Ideen, Entschiede und Vorstellungen aller politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen und deren Protagonisten journalistisch aufarbeiten und deren Meinungen festhalten und gegenseitige Meinungen zulassen. Eine solche Forumszeitung wäre für Liechtenstein ein ausgesprochen prägender medialer Fussabdruck. Das «Vaterland» könnte zum Moderator für den diktatorischen Dialog, die Meinungsvielfalt und Meinungsbildung unseres Landes werden. Eine solche Forumszeitung wäre ein Gewinn für alle, für die Demokratie, für die Einwohnerinnen und Einwohner, für alle Parteien, für die Gesellschaft, für Liechtenstein. Es wäre auch ein Gegenpol zum vorgestellten Fernseh- und Online Programme. Ein solche Forumszeitung sollte vom Staat entsprechend unterstützt werden. Sie wäre «too important to fail».

Als Beispiele sollen die «NZZ» und der «Tagesanzeiger» dienen. Die «NZZ» ist mit Chefredaktor Eric Gujer wieder stramm freisinnig, aber bearbeitet redaktionell trotzdem alle Themen, alle Meinungen und alle Aktivitäten der anderen Parteien. Der «Tagesanzeiger» ist links und ebenfalls offen nach allen Richtungen, von ganz links bis ganz rechts. Beide haben eine gemischte parteiübergreifende Leserschaft. So soll es sein.

### **Zu den Fernseh- und online-Programmen: ein historischer Schritt für eine funktionierende Demokratie**

Es ist wohl unbestritten, dass Fernsehen und Online die für die Stärkung der Demokratie und der Identität eines Volkes die wichtigsten Medien sind. Heute und morgen. Um dem Motto »Mehr Demokratie wagen« zu folgen, sollten wir die Möglichkeiten, die uns diese Medien, vor allem deren Integration in der Bevölkerung, ins Zentrum unserer Medienpolitik stellen. Eine Missachtung dieser Bevorzugung wäre nicht nachvollziehbar.

Wir schlagen die Gründung einer öffentlich-rechtlichen Medien-Agentur vor, in der das heutige Radio L integriert werden kann.

Diese Agentur hat die Aufgabe zwei Medienprogramme zu realisieren. Einerseits ein Fernsehen mit einem abendfüllenden Programm, ergänzend dazu ein Rund-um-die-Uhr abrufbares Online-Angebot. Beide Programme werden in Zukunft vorwiegend auf dem Handy empfangen werden. Dem allgegenwärtigen, universellen Empfangsgerät der Zukunft`.

**Liechtenstein-tv** müsste alle Informationskategorien ausgewogen integrieren. Also: Informationsfunktion, Meinungsbildungsfunktion, Kritik- und Kontrollfunktion. Es müsste das gesellschaftliche und politische Leben im Land objektiv und umfassend in die liechtensteinischen Stuben und die digitalen Empfangsgeräte «bringen». Und dadurch die Liechtenstein-Identität stärken: mit Qualität, Heimat-Bezug und einheimischem Charme. Es müsste dem Status eines Landessenders gerecht werden.

Das rund um die Uhr abrufbare Online-Angebot ([liechtenstein-digital](#)) sollte ebenfalls alle Informationskategorien umfassen. Zudem müsste es Dienstleistungen für das tägliche Leben der Einwohnerinnen und Einwohner bieten, wie wichtige Adressen, private und staatliche Dienstleistungen, Termine, Wetterprognosen, etc.

Beide Programme sind einzeln und/oder zusammen von einem einzelnen einheimischen Medienhaus im Land in der geforderten Informationsqualität unmöglich zu realisieren, weder inhaltlich noch wirtschaftlich. Ein solches demokratieförderndes Medien-Angebot kann nur als gemeinsamer »Hosalopf« getragen werden, privat und staatlich. Ein Liechtenstein Modell für alle, unterhalten von allen, erlebt von allen.

Solche Gesamtangebote (TV und online) sind in fast allen demokratischen Ländern seit Jahren state of the art. In unserer Nachbarschaft, in der Schweiz, in Österreich oder in Deutschland werden solche Gesamt-Programme ausschliesslich privat finanziert. Durch Mediengebühren der Privaten und der Wirtschaft, durch Werbung und durch Sponsoring. Der Staat initiiert lediglich die Strukturen und überwacht das Einhalten die gesetzlichen Vorgaben. Ein solches Konzept, alles privat zu finanzieren, ist in Liechtenstein – wegen der Kleinheit des Landes – undenkbar und nicht realisierbar. Es verlangt ein Miteinander. Unser Vorschlag: ein Drittel Mediengebühren, ein Drittel Eigenleistung und ein Drittel staatliche Unterstützung.

Wir fordern die Regierung auf, dieses zukunftsweisende Projekt positiv anzugehen und dem Landtag ein tragfähiges Transformationsprogramm zu unterbreiten, organisatorisch, finanziell und personell.

### **Wie weiter mit Radio L**

Das bestehende Konzept wird auch in Zukunft zum Scheitern verurteilt sein. Radio ist per se kein Medium zur Meinungsbildung. Radios gelten unter Experten als Ergänzungs- und Unterhaltungsmedien. Hinzu kommt die totale Abhängigkeit vom Staat, welche das mediale Schaffen belastet. Einige Kritikpunkte: Politische Nomination des Verwaltungsrats, beamtenhafte Führung und Medienarbeit, fehlende Motivation und eingeschränkter Gestaltungswille, das Radio wird als PR-Medium der Regierung gesehen und daher als nicht objektiv empfunden, Werber sind nicht gerne bereit, den Staat finanziell zu unterstützen (er habe schon zu viel von diesem), die Politik steht grossmehrheitlich nicht hinter dem Radio, der Staat als Medienunternehmer ist ungeeignet. Es ist nicht seine Kernkompetenz.

Unser Vorschlag: Das Radio in das geplante Fernseh- und online-Programm integrieren. Dies bringt wertvolle Vorteile. Neue Aufgabe mit neuer Motivation für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diese können für ein Medium arbeiten, das bei der Bevölkerung ankommt und das einen Beitrag zur Demokratieförderung leistet, sie sind befreit von der Abhängigkeit von der Politik.

## Zu den Schwerpunkten der Vorlage der Regierung

### **Stärkung der kleinen Medien**

Unklar ist, wer die kleinen Medien sind. Unabhängig von dieser wagen Aussage ist es nicht die Aufgabe des Staates, möglichst vielen Medien das Überleben ermöglichen. Die Förderung der Medien mit reiner Informationsfunktion ist durch die oben beschriebene indirekte Unterstützung geregelt. Wir brauchen nicht mehr Medien, Wir brauchen Medien mit einer anderen Informationsqualität.

### **Förderung der Frühzustellung**

Diese ist im Grundsatz in unserem indirekten Förderungsvorschlag integriert. Der Vertrieb darf sich allerdings nicht ausschliesslich auf die Frühzustellung der Post beziehen. Es gibt neuerdings Alternativen.

Jede Art der Verteilung und der Informationsweitergabe ist vorzusehen.

### **Förderung der Aus-und Weiterbildung**

Diese ist für die Qualität der redaktionellen Leistungen zentral. Hier sollte der Staat vorbildlich sein und die gesamten schulischen Kosten übernehmen. Dem Medienunternehmen überblieben dadurch die Spesen (Reise, Unterkunft, Verpflegung) und das Fehlen der in-Haus-Arbeitsleistung.

### **Unterstützung für die Entwicklung elektronischer Medienangebote**

Die Unterstützung, Ausbau der digitalen Infrastruktur, werden die Medienunternehmen mit Handkuss annehmen. Das Ganze ist allerdings ein Vorstoss ins Leere. Bereits heute haben die meisten Unternehmen ein online-Programm. Allerdings ohne wirklichen Inhalt. In der Regel werden ganz wenige Artikel aus den Printmedien oder Pressemeldungen veröffentlicht, vorwiegend nationale und regionale Polizeimeldungen. Das heisst: eine Förderung der Infrastruktur, ohne gleichzeitigem Ausbau der redaktionellen Leistung, stösst ins Leere. Da nützt auch ein Start-Darlehen (gut gemeint) nichts. Und hier sind wir wieder bei der Feststellung, dass wirkungsvolle Aufgaben nur gesamtheitlich gelöst werden. Das betrifft ein Fernsehprogramm, das den Namen eines Landesenders verdient. Und das betrifft auch ein online-Programm, das den drei Informationsfunktionen Genüge leisten. Lösungen, welche die Schweiz, Österreich und Deutschland als Beispiel bereits haben. Für solche zentrale Qualitäts-Programme mit entsprechenden Redaktionen wäre jedes einzelne Unternehmen in Liechtenstein überfordert. Der Markt ist zu klein für ein wirtschaftliches Arbeiten. Hinzu käme, dass eine solche mediale Machtfülle bei einem Einzigen auch politisch kaum tragbar wäre.

## **Unsere Schlussbemerkung**

Die Zeit ist gekommen, sich vom kleinkrämerischen Denken zu verabschieden und sich einer staatspolitisch wichtigen Zukunftsaufgabe zuzuwenden. Eine wirkungsvolle Medienlandschaft wäre für unser Land, für unsere Demokratie, ein wichtiger Meilenstein für eine gesunde prosperierende Zukunft. Ein guter Staat kann nur dann ein guter Staat sein, wenn er auch gute Bürgerinnen und Bürger hat. Und damit diese «gut» sein können, müssen sie parteiübergreifend informiert werden, sie müssen ein Forum zur Meinungsbildung vorfinden und sie müssen «ihren» medialen Anwalt haben, die vierte Gewalt im Staat. Die Unzufriedenheit im Land beruht heute zumindest teilweise auch auf dem Fehlen dieser vierten Gewalt, welche die Interessen, Empfindungen und Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger vertritt.

Und ganz zum Schluss: Es wäre wünschenswert, dass ein zukunftsweisendes, neue Medienkonzept mit den Mediennutzern erarbeitet würde. Breit angelegt, mit den Bürgerinnen und Bürgern, Einwohnerinnen und Einwohnern. Das Konzept sollte für sie gelten, nicht für die Politik. Kurzfristige Schnellschüsse sollten die langfristige Ausrichtung nicht belasten oder sogar verunmöglichen. Unnötiger Zeitdruck sollte nicht zulasten der Qualität gehen. Das neue Medienkonzept sollte eine breite Unterstützung erfahren. «Metanand» ist angesagt.

Mauren/Vaduz, 22.9.2023

Arthur Gassner  
Weiherring 73  
9493 Mauren

Reinhard Walser  
Bartlegrosch 38  
9490 Vaduz